

Italien

Roman Maruhn

Wie ernst steht es um die Zukunft des Euro und damit auch um Italiens volle Teilhabe an der Europäischen Integration? Seit ihrer Einführung hält die Kritik an der Gemeinschaftswährung besonders von Seiten italienischer Regierungsvertreter an. Die Situation hat sich im Jahr 2005 zugespitzt: Der Koalitionspartner Lega Nord (LN) strebt eine Volksabstimmung über die (Wieder-)Einführung der alten bzw. einer neuen nationalen Lira an und Studien sehen wirtschaftliche Vorteile für einen Austritt Italiens aus der Eurozone. Roms anfänglich distanzierter, dann skeptischer und mittlerweile kritischer europapolitischer Kurs droht negative Konsequenzen nach sich zu ziehen.

Verfassungsratifikation

Als erstes Gründungsmitglied, erster großer Mitgliedstaat und viertes EU-Land hat Italien am 6. April 2005 den Vertrag über eine Verfassung für Europa ratifiziert.¹ Nach Abschluss der Verhandlungen um die Europäische Verfassung und ihrer Unterzeichnung in Rom am 29. Oktober 2004 hatte sich die Regierung Berlusconi öffentlichkeitswirksam das ehrgeizige Ziel gesetzt, als erster EU-Staat überhaupt den neuen Vertragstext zu ratifizieren. Zwar scheiterte dieses Vorhaben, dennoch konnte die Verabschiedung der Europäischen Verfassung mit überwältigender Mehrheit sowohl durch den Senat (Senato) als auch das Abgeordnetenhaus (Camera dei Deputati) als deutliches Zeichen für Italiens Engagement für Reform und Fortentwicklung der europäischen Integration auch gegenüber den anderen Mitgliedstaaten interpretiert werden. Mehr als ein Schönheitsfehler ist aber, dass neben den Abgeordneten der altkommunistischen Oppositionspartei Rifondazione Comunista (RC) auch der kleine aber wichtige Regierungspartner LN die Verfassung ablehnte. Offensichtlich besteht in der Regierung kein Parteien übergreifender Konsens über die strategischen Leitlinien der Europapolitik.

Wenn die italienische Verfassung auch plebiszitäre Elemente in Form von Referenden enthält, spielte die Frage einer möglichen Volksabstimmung über die Europäische Verfassung keine Rolle, da sie als internationales Abkommen klassifiziert wurde. Entsprechend galt der Weg des normalen Gesetzgebungsverfahrens des italienischen Zweikammersystems. Die Camera dei Deputati hatte bereits am 25. Januar 2005 mit 436 Ja-Stimmen bei 28 Nein-Stimmen und fünf Enthaltungen abgestimmt. Der Senato folgte dann am 6. April mit 217 Ja-Stimmen und 16 Nein-Stimmen. Nach Litauen, Ungarn und Slowenien ratifizierte Italien als viertes EU-Land die Europäische Verfassung.

Sinkender Rückhalt für den Euro

Von keinem anderen Mitgliedsland der Europäischen Währungsunion wird bereits so lange und heftig die Gemeinschaftswährung Euro kritisiert, wie das seit Amtsantritt der Regie-

¹ Vgl. Bekommt die Europäische Union eine Verfassung? – Übersicht zum Stand des Ratifizierungsprozesses in den 25 EU-Mitgliedstaaten, auf: <http://www.eu-ratifikation.de>

rung Berlusconi am 11. Juni 2001 der Fall ist.² Einmal mehr ist es der radikalisierte kleine Koalitionspartner LN, der als Regierungspartei offen Agitation gegen ein zentrales europäisches Integrationsprojekt und gleichzeitig gegen die Währung Italiens betreibt. Zudem gibt es aber auch in der Berlusconi-Partei Forza Italia (FI) Stimmen gegen den Euro: Auf einem Parteikongress der FI am 28. Juli 2005 bezeichnete Ministerpräsident Silvio Berlusconi die vom damaligen Regierungschef Romano Prodi in Italien eingeführte Währung als Desaster: Der Wahltermin im Mai 2006 wirft seine Schatten voraus, denn Berlusconi verbindet seinen Angriff auf den Euro mit Kritik an seinem wahrscheinlichen Herausforderer aus dem Mitte-Links-Lager bei den Parlamentswahlen 2006.

Die von Arbeits- und Sozialminister Roberto Maroni, neben Umberto Bossi Mitgründer der in der LN aufgegangenen Lega Lombarda, im Frühsommer 2005 formulierte Idee eines Austritts Italiens aus dem Euro bzw. der parallelen Wiedereinführung der Lira und deren mögliche Koppelung an den US-Dollar hat Wellen geschlagen: Sowohl scheint die LN mittlerweile tatsächlich das Ziel eines Referendums über die Abschaffung des Euro zu verfolgen, als auch setzen sich Medien, Wissenschaft und Analysten mit den Chancen und Risiken der Realisierbarkeit dieses Szenarios auseinander: So arbeitete eine britische Großbank³ das Szenario eines italienischen Euro-Austritts und der Einführung einer „New Lira“ zumindest auf der wirtschaftlichen Ebene intensiv und detailliert durch. Solchen Denkspielen stehen freilich große Teile der Politik, der Wirtschaft und auch der Öffentlichkeit kritisch gegenüber, denn die politischen, finanziellen und wirtschaftlichen Folgekosten wären so hoch, dass sie jeden zu erwartenden Vorteil wieder gewonnener haushalts- und geldpolitischer Autonomie weit übertreffen würden. Dass allerdings die Debatte um den Euro in Italien, aber auch in Europa eine Schwelle erreicht hat, bei der über eine Abschaffung, das Verlassen und generell die Existenz der Gemeinschaftswährung überhaupt ernsthaft diskutiert wird, veranschaulicht einerseits die Dramatik des europapolitischen Diskurses in Italien und andererseits die Unfähigkeit der Regierung in Rom, den zugegebenermaßen großen wirtschaftlichen Herausforderungen des Landes anders zu begegnen als durch eine weitgehend konzeptions- und ziellose Rhetorik. Die Führung Roms muss dafür kritisiert werden, denn sie wird ihrer politischen Verantwortung nicht gerecht: Der Euro ist kein beliebiger, abstrakter Bestandteil der europäischen Integration, sondern der zentrale Baustein bei der Vollendung des Binnenmarkts und darüber hinaus auch die offizielle Währung Italiens. Kritik an der Geldpolitik der Europäischen Zentralbank mag aus der Sicht Italiens verständlich sein, aber dass eine Regierung die eigene „nationale“ Währung kontinuierlich kritisiert und damit ihren Bürgern auch das Vertrauen in den Euro nahezu unmöglich macht, ist ein einmaliger Vorgang.

Bei aller anzurathenden Vorsicht im Umgang mit Meinungsumfragen lässt sich parallel zur mangelnden Unterstützung des Euro durch die italienische Regierung auch ein Einbruch der Zustimmung der Italiener zur Gemeinschaftswährung feststellen. Zwar ist der Preisauftrieb seit der Bargeldeinführung des Euro in Italien deutlich größer als in anderen Euro-Staaten, aber dies muss nicht der alleinige Erklärungsgrund für den zurückgehenden Rückhalt der Währung in der italienischen Bevölkerung sein. In der jüngsten

2 Vgl. Roman Maruhn: Italien, in Werner Weidenfeld / Wolfgang Wessels: Jahrbuch der Europäischen Integration 2001/2002 ff.

3 Robert Prior-Wandesforde / Gwyn Hacche: European meltdown? Europe fiddles as Rome burns, HSBC Global Research / Macro European Economics, July 2005.

Eurobarometer-Umfrage⁴ sprechen sich zwar wieder 67 % der Italiener für die Währungsunion mit dem Euro aus, dennoch ist die Zustimmung vom Frühjahr 2002, als das neue Bargeld eingeführt wurde, bis zum Frühjahr 2005 um 20 Prozentpunkte gefallen. In der Rangliste der EU-Staaten bei der Frage der Zustimmung zur Währungsunion ist Italien im selben Zeitraum von Platz 2 in der EU-15 auf den neunten Platz in der EU-25 gefallen.

Tatsächlich lässt sich aus den wirtschaftlichen, besonders den außenwirtschaftlichen Kennziffern ablesen, dass Italien ein massiver Strukturwandel bevorsteht, unter anderem deshalb, weil die Währung nicht mehr dafür eingesetzt werden kann, Produkte für den Export billiger zu machen, als sie eigentlich hergestellt werden können. Die Gemeinschaftswährung selbst aber verursacht nicht diesen notwendigen Anpassungs- und Reformdruck, sondern legt ihn lediglich offen. Tendenziell steigen die Lohnstückkosten (besonders im Vergleich mit Deutschland) in Italien sehr stark, während unter anderem auch dadurch Italiens Exportanteil auf den relativ stark wachsenden Weltmärkten dramatisch abnimmt. Bedauerlicherweise könnten die Leidtragenden dieses Strukturwandels ausgerechnet die auf Grund ihrer hohen Anpassungsfähigkeit bisher höchst erfolgreich operierenden Klein- und Familienunternehmen Norditaliens sein, die seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges im Wesentlichen den wirtschaftlichen Aufstieg Italiens garantierten. Dies erklärt auch, warum ausgerechnet die hauptsächlich in Norditalien verankerte LN sich über den verzweifelten und unrealistischen Weg eines angestrebten Austritts aus dem Euro zum Fürsprecher dieser politischen Klientel macht.

Wirtschaft, Haushalt und Wettbewerbsfähigkeit

Italien ist mit schrumpfender Wirtschaftsleistung im letzten Quartal 2004 und ersten Quartal 2005 in eine neue Rezession geraten. Auf Staatsseite ist das bisherige Mittel, zusätzliche Staatseinnahmen über einmalige Maßnahmen wie beispielsweise Privatisierungen und (Steuer-)Amnestien (Condoni) zu erzielen, weitgehend ausgeschöpft. Der Rat der Wirtschafts- und Finanzminister der EU (ECOFIN) hat am 12. Juli 2005 gegen Italien ein Defizitverfahren nach den im Frühjahr 2005 geänderten Regeln des Stabilitätspakts eröffnet. Um die Kriterien des Stabilitäts- und Wachstumspakts einzuhalten, sind strukturelle Einsparungen bzw. die Erschließung neuer Einnahmequellen zum Beispiel durch Steuererhöhungen und konsequente Steuerprüfungen unumgänglich. 2004 verbuchte Rom nach vorübergehenden Schätzungen der Europäischen Kommission ein Defizit von 3,1 %. Für 2005 liegen die Schätzungen des Finanzministeriums bei 4,3 %, für das Folgejahr 2006 bei 3,8 %. Erst 2007 soll die Neuverschuldung wieder unter die Drei-Prozent-Schwelle fallen. Die Gesamtverschuldung ist nach einer Rückführung auf 106,2 % (2003) wieder im Steigen: 2004 soll sie bei 106,6 % gelegen haben, 2005 wieder auf 108,2 % zunehmen und erst 2006 wieder auf 107,4 % abnehmen.

Ausgerechnet im Vorwahljahr stellt sich für die Regierung die Frage, wie ein weiteres Verharren in der Rezession bzw. Stagnation (für 2005 wird Nullwachstum erwartet; der Unternehmerverband Confindustria befürchtet sogar einen Rückgang der Wirtschaftsleistung um 0,3 %) ohne die Möglichkeit staatlicher Intervention verhindert werden kann. Gleichzeitig schrumpft der italienische Export massiv, weil das Land stärker als andere europäische Staaten Güter und Waren produziert, die dem Wettbewerb mit asiatischen Ländern und im Speziellen mit China ausgesetzt sind. Die Industrieproduktion fällt bis auf

⁴ Europäische Kommission: Eurobarometer 63 – Erste Ergebnisse, Juli 2005, auf: http://europa.eu.int/comm/public_opinion/archives/eb/eb63/eb63_en.htm

weiteres kontinuierlich: In den ersten sechs Monaten des Jahres 2005 wurden 1,9 % weniger Güter produziert als im Vorjahr⁵. Die Einzeldaten des Monats Juni 2005 geben in symptomatischer Weise Auskunft über die Schwere der Krise des italienischen Exports und der Wirtschaft im Allgemeinen: Im Vorjahresvergleich nahm die Herstellung von Schuhen und Lederwaren, einem traditionell starken Segment, um 14,0 %, Kunststoffen um 9,0 %, elektrischen und feinmechanischen Geräten um 8,1 %, Verkehrs- und Transportmitteln um 7,7 % und im Maschinen- und Anlagenbau um 6,7 % ab. Produktionszuwächse konnten lediglich bei Mineralien, Lebensmitteln und der Verarbeitung von Rohöl wie der Elektrizitätsherstellung im Allgemeinen verzeichnet werden.

Die Binnennachfrage als einziger verbleibender Stimulus für die italienische wirtschaftliche Gesamtentwicklung befindet sich in der Flaute. Die Regierung ist aufgrund der Haushaltslage und der durch das Defizitverfahren verschärften Auflagen nicht handlungsfähig, um Anreize – trotzdem ist immer noch eine sechs Mrd. Euro schwere Entlastung bei der Einkommensteuer in der Diskussion – auf den nationalen Verbrauch auszuüben.

Unter starken politischen Druck ist der Präsident der italienischen Zentralbank (Banca d'Italia) Antonio Fazio geraten. Die Banca d'Italia ist neben ihrer Rolle als Notenbank auch für die Bankenaufsicht in Italien zuständig. Stand Fazio schon seit Monaten wegen einer angeblich protektionistischen Politik gegenüber europäisch-ausländischen Kaufinteressenten in der Kritik der Europäischen Kommission, so wurden ihm Telefonate zum Verhängnis, die er mit Giampiero Fiorani, dem Chef der Banca Popolare Italiana (BPI), geführt hatte. Die BPI hatte nach einer Übernahmeschlacht mit der niederländischen ABN Amro den Zuschlag für die Banca Antonveneta erhalten. Durch mitgeschnittene Telefongespräche wurde bekannt, dass Fazio und Fiorani in einem freundschaftlich-vertraulichen Verhältnis stehen, was sich auf die Entscheidung der Banca d'Italia für den italienischen und gegen den niederländischen Konkurrenten ausgewirkt haben könnte. Weil die Regierung sich nicht darauf einigen konnte, Fazio zum Rücktritt aufzufordern, hat Finanzminister Domenico Siniscalco am 22. September 2005 die Regierung verlassen. Sein Nachfolger ist wiederum Giulio Tremonti, der Fazio durch Isolierung auch in internationalen Gremien zur Aufgabe seines Amtes bewegen will. In der Folge der Affäre und nach der Eröffnung eines Ermittlungsverfahrens trennte sich die BPI von Fiorani, die Aktienmehrheit der Banca Antonveneta wurde am 26. September 2005 von ABN Amro erworben und das erste größere italienische Kreditinstitut wurde von einem ausländischen Konkurrenten übernommen.

Italien in der Welt

Gegen Ende des Berichtszeitraums des vorliegenden Artikels spitzten sich die Divergenzen innerhalb der EU in Bezug auf die internationale Politik in erster Linie an der Frage einer Reform des UN-Sicherheitsrats zu: Hatten Deutschland und Italien bereits in der jüngsten Vergangenheit grundlegend gegensätzliche Entscheidungen in den internationalen Beziehungen, zum Beispiel hinsichtlich eines militärischen Engagements im Irak, getroffen, so traten sich die beiden Länder beim Thema Sicherheitsratsreform erstmals als offene Konkurrenten gegenüber. Ihren bisherigen Höhepunkt fand die Auseinandersetzung in der Rede des italienischen UN-Botschafters Marcello Spatafora vor der General-

⁵ Istat: Indice della produzione industriale Giugno 2005 (8 agosto 2005), auf: http://www.istat.it/salastampa/comunicati/in_calendario/prodind/20050808_00/testointegrale.pdf

versammlung am 26. Juli 2005,⁶ in der er den G4-Staaten (Brasilien, Deutschland, Indien und Japan) vorwarf, einen UN-Mitgliedstaat finanziell unter Druck gesetzt zu haben, der ursprünglich den konkurrierenden Vorschlag unter anderem Italiens unterstützte. Roms Verhandlungsposition ist insofern problematisch, da die von Italien angeführte Gruppe „Uniting for Consensus“ (UFC)⁷ einerseits zahlenmäßig nicht eindeutig als feste Staatenkoalition eingrenzbar ist, da die Fluktuation von Befürwortern und Gegnern in der gegenwärtigen Verhandlungsphase noch recht groß ist, und andererseits in erster Linie als Verhinderungsbündnis gegenüber dem Anspruch der G4-Staaten auf eigene ständige Sicherheitsratssitze wahrgenommen wird. Die UFC-Grundstrategie⁸ ist mit dem Bestreben Roms kompatibel, den Status quo sowohl in der europäischen⁹ als auch der internationalen Staatenwelt zu halten, wenn Veränderungen im Sinne einer Aufwertung des eigenen Status nicht erreichbar sind. Dabei ist es verständlich, dass die Vereinten Nationen zum Hauptschauplatz dieser Auseinandersetzung werden mussten, da zwei der vier „großen“ EU-Mitgliedstaaten bereits ständige Sicherheitsratsmitglieder sind, während sich die Bundesrepublik jetzt offensiv um einen eigenen Platz in diesem Organ bemüht.

Das Thema Irak reicht anhaltend massiv in die Innenpolitik hinein: Für den Fall eines Wahlsieges der Mitte-Links-Koalition Unione um Romano Prodi hat dieser den Rückzug des italienischen Kontingents aus dem Irak unter der Voraussetzung einer „exit strategy“ angekündigt, nachdem das italienische Abgeordnetenhaus die Mission „Antica Babilonia“ per Finanzierungsbeschluss um weitere sechs Monate bis zum Jahresende 2005 verlängert hat. Gegenwärtig sind 3 038 Angehörige von Heer, Marine, Luftwaffe und Carabinieri im Irak stationiert.

Zu schweren Belastungen der italienisch-amerikanischen Beziehungen kam es sowohl durch das Bekanntwerden der Entführung eines muslimischen Geistlichen durch den US-Auslandsgeheimdienst CIA in Mailand im Februar 2003 als auch durch die Tötung des italienischen Geheimdienstoffiziers Nicola Calipari an einem US-Checkpoint in der Nähe des Bagdader Flughafens. Calipari hatte erst zuvor in einer Übergabe die entführte italienische Journalistin Giuliana Sgrena übernommen. Die Untersuchung des Vorfalles durch die USA und Italiens fand zu keinem gemeinsamen Abschlussbericht: Beide Regierungen veröffentlichten getrennte Berichte.

Nach den Anschlägen vom 7. Juli 2005 in London ist die Sensibilität noch weiter gewachsen, dass Italien ein mögliches Ziel islamistisch motivierter Terroranschläge sein könnte: Rom stellt immer noch das drittgrößte Truppenkontingent bei der Besetzung des Irak. Darüber hinaus orientiert sich Regierungschef Berlusconi politisch stark an US-Präsident George W. Bush. In der Folge verabschiedete das Kabinett am 22. Juli 2005 ein umfassendes Sicherheitspaket, das unter anderem Maßnahmen, die bei der Bekämpfung des organisierten Verbrechens (Mafia) als erfolgreich gelten, auch auf den Straftatbestand des Terrorismus ausweitet. Zudem sollen auch Abschiebungen von ausländischen Verdächtigen schneller durchgeführt, die verschiedenen Sicherheitsbehörden in Einsatz-

6 http://www.italyun.org/docs/statemen/2005_07_26_spatafora.htm

7 Das UFC Positionspapier findet sich auf: [http://www.italyun.org/docs/statemen/2005-24-02%20position paper.pdf](http://www.italyun.org/docs/statemen/2005-24-02%20position%20paper.pdf)

8 In der Diskussion spricht sich Italien für ein modifiziertes Modell B nach dem Entwurf der „Hochrangigen Gruppe“ zur institutionellen Reform der UN aus (vgl. Auswärtiges Amt: Reform des Sicherheitsrats der VN – die deutsche Position, auf: http://www.auswaertiges-amt.de/www/de/aussenpolitik/vn/vereinte_nationen/reform/dt-reform_html)

9 Vgl. Roman Maruhn: Italien, in: Werner Weidenfeld / Wolfgang Wessels (Hrsg.): Jahrbuch der Europäischen Integration 2003/2004, Baden-Baden 2004, S.350/351.

gruppen koordiniert und zusammengefasst, die elektronische Kommunikation (Mobiltelefonie, Internet) stärker überwacht und Verdächtige durch die Sicherheitsbehörden bis zu 24 statt vorher 12 Stunden ohne Haftbefehl festgehalten werden können.

Unter anderem vor diesem Hintergrund, aber auch angesichts der Unpopularität des Irak-Einsatzes und einer erhöhten Gefährdungslage durch Terrorismus, muss sich die Regierung in Rom – gemäß des traditionell dominanten Kosten-Nutzen-Aspekts der italienischen Außenpolitik – die Frage stellen, ob sich die Allianz mit den USA auszahlt. Welche konkreten Gewinne kann Rom durch die Anbindung an die Regierungspolitik von Präsident George W. Bush vorweisen, die einen möglichen Gewichtsverlust Italiens in der Europäischen Union kompensieren bzw. rechtfertigen könnten?

Berlusconi II und III – Bilanz einer zerbrechlichen Allianz

Acht Monate vor den Parlamentswahlen fällt die Bilanz der Regierungen Berlusconi II und III eher ernüchternd aus: Die Ausfuhren fallen kontinuierlich, die Kaufkraft nimmt weiter ab und das Bruttoinlandsprodukt geht zurück. Nahezu alle wesentlichen Projekte, mit denen die damalige Casa delle Libertà (CdL: Haus der Freiheiten) in die Wahl von 2001 gegangen war, sind bis jetzt unverwirklicht geblieben. Lediglich ihrem Wahlversprechen, 1,5 Millionen neue Arbeitsplätze zu schaffen, ist die Regierung recht nahe gekommen: Seit dem Frühjahr 2001 ist trotz mehrmaliger Rezessionen die Beschäftigtenzahl um knapp eine Million gestiegen und die Arbeitslosenquote auf einen Tiefstand von 8,2 % bei einer im europäischen Durchschnitt immer noch geringen Beschäftigungsquote von 57,1 % gefallen. Die OECD¹⁰ erklärt diesen Rückgang allerdings in erster Linie mit Arbeitsmarktreflexen früherer Jahre, die erst in der laufenden Legislaturperiode ihre Wirkung entfaltet hätten. Dennoch hat sich Silvio Berlusconi selbst als Spitzenkandidat für die Wahl 2006 empfohlen. Abgesehen davon, dass eine erneute Kandidatur der Gewichtung der Koalitionspartner untereinander entsprechen würde, ist gegenwärtig auch nicht absehbar, wie beispielsweise Gianfranco Fini (Alleanza Nazionale - AN) einerseits den Konsens in seiner eigenen Partei und andererseits in der Koalition herstellen könnte, um für das Amt des Ministerpräsidenten zu kandidieren. Nach einer Serie von Wahlniederlagen hat Berlusconi darüber hinaus auch den Rückhalt bei wichtigen Interessengruppen verloren: Aufgrund der anhaltenden Wirtschaftskrise und der fehlenden Flexibilität, Unternehmer finanziell zu entlasten, stehen der Unternehmerverband Confindustria und der Handwerkerverband Confartigianato der von Berlusconi geführten Regierung mittlerweile deutlich kritisch gegenüber.

Darüber hinaus gibt es deutliche Hinweise darauf, dass die Regierung in den zurückliegenden über vier Jahren massive Klientelpolitik betrieben hat, von der nicht die Italiener in der Allgemeinheit profitiert haben, sondern die Regierungsparteien und in erster Linie Berlusconi selbst. Machterhalt ist das Leitmotiv der äußerst zerbrechlichen Allianz aus Parteien, die besonders bei den Ideen der Staatsordnung gegenläufige Interessen verfolgen. Die sich auf dem Weg der Gesetzgebung befindende Verfassungsreform ist ein Ergebnis des mühsamen Interessenausgleichs zwischen den Regierungspartnern: Bereits Ende der 1990er Jahre beriet ein Ausschuss aus Senat und Abgeordnetenhaus über eine weitgehende Dezentralisierung bzw. Föderalisierung des politischen Systems Italiens. Für die separatistisch-extremistische LN war die Kompetenzverlagerung von der nationalen auf die

10 OECD: Economic Survey of Italy, 2005, auf: <http://www.oecd.org/dataoecd/21/40/34882431.pdf>

regionale Ebene zwingende Voraussetzung für die Regierungsbeteiligung 2001. Herausgekommen ist aus dem Reformprojekt zwar eine Dezentralisierung, aber auch eine massive Stärkung der Position des in Zukunft nicht mehr Presidente del Consiglio, sondern Primo Ministro genannten Regierungschefs, die weitgehend zu Lasten der Befugnisse des Staatspräsidenten geht. In der Konsequenz soll das Zweikammersystem Italiens nach deutschem Vorbild und die Regierung nach britischem Vorbild umgebaut werden.

Italien vor den Wahlen: Europapolitische Richtungsentscheidung

Die Amtszeit der Regierung Berlusconi geht ihrem Ende entgegen: Spätestens im Mai 2006 wird das Parlament, bestehend aus Camera dei Deputati und Senato, neu gewählt werden. Gleichzeitig endet nach sieben Jahren auch die Präsidentschaft Carlo Azeglio Ciampis. Um die staatliche Kontinuität zu sichern und kein Machtvakuum entstehen zu lassen, will Staatspräsident Ciampi die Parlamentswahlen bereits auf den April 2006 vorziehen. Das dann neu gewählte Abgeordnetenhaus und der neue Senat werden anschließend unter Einschluss der Vertreter der Regionen voraussichtlich im Mai den neuen Presidente della Repubblica wählen. Ciampi kann auf eine erfolgreiche Präsidentschaft zurückblicken: Gemäß seinen Verfassungsaufgaben arbeitete er nicht nur für die nationale Einheit Italiens, sondern er kompensierte einen großen Teil der in der Regierung Berlusconi fehlenden strategischen Europa-Ausrichtung: Am 5. Juli 2005 appellierte er vor dem Europäischen Parlament dafür, trotz des französischen und niederländischen „Neins“ zur Europäischen Verfassung den Ratifikationsprozess fortzusetzen.¹¹ Geehrt wurde Ciampi für seine Verdienste für die europäische Integration mit dem Internationalen Karlspreis 2005.

Bei den Regionalwahlen am 3. und 4. April 2005 fielen elf der 13 (von insgesamt 20) zur Wahl stehenden Regionen an das oppositionelle Mitte-Links-Bündnis. Die in Rom regierende Mitte-Rechts-Koalition stellt jetzt nur noch die Regierungen in ihren Hochburgen Lombardei und Venetien, sowie in Molise und Sizilien. Hochgerechnet erreichte Romano Prodis Bündnis Unione 53 % der Stimmen, während das Regierungslager lediglich 45,1 % auf sich vereinen konnte. Die Befugnisse der Regionen sind im Vergleich mit den deutschen Bundesländern noch unterentwickelt. Entsprechend sind die Regionalwahlen in Italien noch stärker mit einem nationalen Testwahlcharakter verbunden. Da durch die Regionalwahlen indirekt die Gewichte der Koalitionspartner neu ermittelt wurden, forderte Marco Follini, Generalsekretär der Unione Democratici di Centro (UDC) und bis dahin Vizepremier, eine Neuverteilung der Macht innerhalb der Regierung und politische Konzessionen von Ministerpräsident Berlusconi. Follini erhielt wenig später auch Unterstützung durch Finis AN. Die Regierungskrise¹² führte zum offiziellen Ende der Regierung Berlusconi II. Berlusconi wurde mit der Bildung einer neuen Regierung beauftragt, die als wesentliche Neuerung die Rückkehr des ehemaligen Wirtschafts- und Finanzministers und Berlusconi-Intimus Giulio Tremonti als dessen Stellvertreter sah. Zwar konnte mit diesem Manöver eine vorgezogene Neuwahl, die angesichts des Erdbebens der Mitte-Links-Parteien bei den Regionalwahlen vermutlich zur

¹¹ „L'Unione europea di fronte alle sue responsabilità“, Strasburgo, 5 luglio 2005, auf: <http://www.quirinale.it/Discorsi/Discorso.asp?id=27405>

¹² Siehe auch: Beatrice Gorawantschy: Italiens „neue“ Regierung, auf: http://www.kas.de/publikationen/2005/6633_dokument.html

Niederlage der CdL geführt hätte, vermieden werden, aber es ist offensichtlich, dass Berlusconi Handlungsspielräume mittlerweile äußerst begrenzt sind.

Erstmals in der italienischen Geschichte werden – zumindest im Oppositionslager – Vorwahlen nach US-amerikanischem Vorbild durchgeführt. Nach einem Führungsstreit in der Mitte-Links-Parteienkoalition *Unione* einigte man sich darauf, durch „Primarie“ (Vorwahlen) die Entscheidung darüber, wer als Spitzenkandidat den bisherigen Amtsinhaber Berlusconi herausfordern soll, den potentiellen Sympathisanten von Mitte-Links in einer nationalen Abstimmung am 16. Oktober 2005 zu überlassen. Prodi gilt bereits im Vorfeld als sicherer Sieger, da er einerseits eigentlich Konsenskandidat der Oppositionsparteien ist und andererseits auf die Unterstützung der größten Partei, *Democratici di Sinistra* (DS), zählen kann und darüber hinaus als ehemaliger Ministerpräsident und Präsident der Europäischen Kommission über die größte politische Erfahrung verfügt, seinen Gegenspieler Berlusconi bereits einmal in den Wahlen 1996 geschlagen hat und sowohl international als auch in Italien selbst über großes Ansehen über die Parteigrenzen hinweg verfügt. Nach wie vor verfügt Prodi allerdings über keine eigentliche politische Hausmacht in Form einer Partei. Diesen Umstand versucht er dadurch zu kompensieren, indem er die im Wahlbündnis vereinigten Parteien ein Abkommen (*patto di legislatura*) unterschreiben lassen will, das ihm ein quasi vertraglich abgesichertes Mandat für die Erfüllung einer Amtszeit als Ministerpräsident über die Dauer einer vollen Legislaturperiode (fünf Jahre) verleihen soll. Tatsächlich geht Prodis Vorwahlen-Strategie weiter: Ein Sieg soll ihm die Hoheit über die Ausarbeitung des Wahlprogramms für Mitte-Links entsprechend seiner politischen Prioritäten geben. Zu diesem Zweck hat er bereits im Februar 2005 die Ideenwerkstatt „Fabbrica del Programma“¹³ aufgebaut, die dem Dialog mit Interessengruppen, der strategischen Programmarbeit, aber auch der persönlichen Kampagnenfähigkeit Prodis als Ersatz einer Parteieninfrastruktur dienen soll.

Der Ausgang der Wahlen 2006 wird über die strategische Ausrichtung der italienischen Europapolitik und über die transatlantischen Beziehungen Roms entscheiden: Sollte *Unione* unter Romano Prodi die Mehrheit der Stimmen gewinnen und die Regierung stellen, dann wird Italiens seit 2001 andauernde Sonderrolle in der Europäischen Union enden und Rom wieder aktiv auf die europapolitische Bühne zurückkehren. Peinliche Auftritte italienischer Politiker, wie zuletzt Rocco Buttigliones gescheiterter Versuch, Mitglied der Europäischen Kommission unter Präsident José Manuel Barroso zu werden, sollten dann der Vergangenheit angehören. Festzuhalten bleibt, dass die italienische Europapolitik unter den gegenwärtigen politischen Voraussetzungen stärker als in anderen EU-Staaten davon abhängig ist, welche Personen und Parteien die Regierung stellen. In diesem Sinn werden die Parlamentswahlen auch eine europapolitische Richtungswahl sein.

Weiterführende Literatur

Paul Ginsborg: *Berlusconi – Politisches Modell der Zukunft oder italienischer Sonderweg?*, Berlin 2005.

Sebastian Mahner: *Vom rechten Rand in die politische Mitte? Die Alleanza Nazionale zehn Jahre nach ihrer Gründung im europäischen Vergleich*, Münster u.a. 2005.

Martin Morini: *Historischer Kompromiss: Berlusconi und die Mafia*, in: *Blätter für deutsche und internationale Politik* 3/2005, S. 311-322.

¹³ <http://www.fabbricadelprogramma.it>